

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
Teil 1: Migration und Menschensmuggel auf See	3
A. Flucht und Migration	3
B. Flucht und Migration auf dem Seeweg	6
C. Ergebnis	13
Teil 2: Grundlagen der seerechtlichen Rechtsordnung	15
A. Schiffe, Boote und andere Fahrzeuge	15
B. Küstenstaat	16
C. Flaggenstaat	17
D. Zusammenfassung	18
Teil 3: Rechte des Küstenstaates	19
A. Rechte des Küstenstaates aus dem Seerechtsübereinkommen gegenüber Schiffen mit Asylsuchenden und Migranten im Küstenmeer	20
I. Interception im Küstenmeer: Küstenstaatliche Rechte gegenüber Fahrzeugen ohne Flagge	20
II. Interception im Küstenmeer: Küstenstaatliche Rechte gegenüber Schiffen unter fremder Flagge	22
1. Das Recht der friedlichen Durchfahrt	22
a) Durchfahrt	22
b) Die Friedlichkeit der Durchfahrt	23
c) Ergebnis	24
2. Ausladen von Migranten und Asylsuchenden im Küstenmeer	25
a) Unfriedliche Durchfahrt gemäß Art. 19 Abs. 2 g) SRÜ wegen Ladens und Entladens von Personen entgegen den Einreisegesetzen des Küstenstaates	25

(1) Laden und Entladen entgegen den Einreisegesetzen.....	25
(2) Zwischenergebnis	27
b) Einfahrt eines Schiffes in das Küstenmeer in der Absicht, dort Migranten die illegale Einreise zu ermöglichen.....	27
(1) Beabsichtigte illegale Einreise.....	27
(2) Zwischenergebnis	30
c) Ergebnis.....	30
3. Einfahrt eines Schiffes in das Küstenmeer in der Absicht, einen Hafen anzulaufen und dort Asylsuchende an die Behörden zu übergeben.....	31
4. Laterale Durchfahrt eines Migrantenschiffes durch das Küstenmeer	33
a) Anwendbarkeit des Art. 19 Abs. 2 g) SRÜ.....	34
b) Anwendbarkeit des Art. 19 Abs. 2 l) SRÜ	35
(1) Unfriedlichkeit aufgrund von drohender Seenot.....	36
(2) Laterale Durchfahrt als Verletzung der Schengen- Grenzen?	37
5. Ergebnis	39
6. Verhinderung der unfriedlichen Durchfahrt gem. Art. 25 Abs. 1 SRÜ	39
a) Erforderlichkeit als Grenze der Abwehrmaßnahmen aus Art. 25 Abs. 1 SRÜ.....	40
b) Genfer Flüchtlingskonvention als Grenze für die Abwehrmaßnahmen aus Art. 25 Abs. 1 SRÜ	41
c) Übriges Völkerrecht als Grenze für die Abwehrmaßnahmen aus Art. 25 Abs. 1 SRÜ	43
d) Zu welchem Zeitpunkt ist die Verhinderung der unfriedlichen Durchfahrt zulässig?	44
e) Ergebnis.....	44
7. Einwirkungsmöglichkeiten auf Migrantenschiffe trotz friedlicher Durchfahrt: Art. 21 Abs. 1 lit. h als Rechtsgrundlage.....	45
a) Geltungsbereich der nach Art. 21 Abs. 1 lit. h erlassenen Vorschriften.....	45
b) Durchsetzung innerstaatlicher Einreisebestimmungen.....	46
c) Ergebnis.....	48
8. Geltung und Durchsetzung von innerstaatlichen Strafrechtsnormen im Küstenmeer	48
a) Anwendbarkeit von Strafrechtsnormen innerhalb des Küstenmeeres gegenüber fremden Schiffen	49
b) Durchsetzung der Vorschriften des Küstenstaates – Art. 27 SRÜ	49
c) Ergebnis.....	54
III. Vorübergehende Aussetzung des Rechts auf friedliche Durchfahrt.....	55

IV. Verhinderung des Hafenzugangs gemäß Art. 25 Abs. 2 SRÜ	55
V. Ergebnis	57
B. Transitdurchfahrt durch Meerengen	58
I. Allgemeines	58
II. Rechte des Küstenstaates gegenüber Asylsuchenden und Migranten in Meerengen.....	59
III. Ergebnis	59
C. Eingriffs- und Kontrollrechte des Küstenstaates außerhalb des Küstenmeeres.....	60
I. Eingriffsrechte in der Anschlusszone und zur Verfolgung von Schiffen nach Gesetzesverstößen.....	60
1. Art. 33 SRÜ.....	60
2. Abgrenzung zum Recht der Nacheile (Art. 111 SRÜ)	63
3. Ergebnis.....	65
II. Eingriffs- und Kontrollrechte des Küstenstaates in der ausschließlichen Wirtschaftszone?	66
III. Ergebnis	67
D. Kontrollrechte auf Hoher See?.....	67
I. Allgemeines	67
II. Staatenlose Schiffe.....	68
III. Art. 110 SRÜ	70
IV. Eingriffsrechte auf Basis vertraglicher Vereinbarung.....	70
V. Kontrollrechte aus dem Protokoll gegen den Schmuggel von Migranten über Land, See und Luft.....	71
1. Entstehungsgeschichte.....	72
2. Unter Strafe zu stellendes Verhalten	74
a) Menschenschmuggel.....	74
b) Beihilfe und Anstiftung	75
c) Strafbarkeit der geschmuggelten Personen.....	75
3. Spezielle Maßnahmen gegen den Menschenschmuggel auf See.....	76
a) Maßnahmen eines Vertragsstaates gegenüber ausländischen Schiffen, Artikel 8 Abs. 2.....	76
(1) Voraussetzungen und Rechtsfolgen	76
(2) Weitere Schranken der Eingriffsbefugnisse nach Art. 8 Abs. 2.....	79
b) Regelungen zum Schutz der Opfer von Menschenschmuggel und von Flüchtlingen.....	80
4. Bewertung	81
5. Exkurs: Hilfeleistung als Beihilfe zum Menschenschmuggel?	82
VI. Ergebnis	83

XII Inhaltsverzeichnis

Teil 4: Verpflichtungen der Küstenstaaten gegenüber Migranten und Asylsuchenden auf See	85
A. Geltendmachung der den Verpflichtungen entsprechenden Rechte	86
I. Individuen als Inhaber von Rechten	86
II. Flaggenstaaten als Inhaber des Rechts auf Hafenzugang.....	88
III. Ergebnis	89
B. Hafenzugangsrecht in Seenot	89
I. Völkervertragliche Regelungen	89
II. Gewohnheitsrechtliches Recht auf Hafenzugang.....	90
III. Nothafenrecht	92
1. Grundlagen.....	92
2. Verstoß gegen Sicherheitsvorschriften als Seenotlage.....	93
3. Schranken des Nothafenrechts	95
IV. Einschränkung des Rechts bei Selbstgefährdung.....	95
V. IMO-Bemühungen	99
VI. Ergebnis	99
C. Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Seenot	100
I. Rettungsverpflichtungen der Schifffahrt aus Gewohnheitsrecht und internationalen Übereinkommen.....	100
1. Bestehen einer Rettungsverpflichtung der Flaggenstaaten.....	100
2. Vorliegen einer Notlage	102
3. Inhalt und Ende der Rettungsverpflichtung.....	103
4. Folgen für Migranten und Schifffahrt	104
5. Ergebnis	106
II. Küstenstaatliche Verpflichtungen gegenüber Personen in Seenot aus SOLAS 74/78 und SAR.....	107
1. SOLAS 74/78 – Rechtslage bis zum 1. Juli 2006	107
2. SAR – Rechtslage bis zum 1. Juli 2006	108
3. Neuere Entwicklungen in SOLAS und SAR – Rechtslage seit dem 1. Juli 2006	111
a) Entstehung der Neuregelungen.....	111
b) Inhalt der Änderungen.....	117
4. Die Richtlinien zur Behandlung von aus Seenot geretteten Personen	119
5. Exkurs: Neue Regelungen des Übereinkommens zur Erleichterung des internationalen Seeverkehrs	123
6. Bewertung	124
III. Ergebnis	127
D. Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Völkergewohnheitsrecht	127
I. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951	128
1. Der Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention	129
2. Die Genfer Flüchtlingskonvention – kein Recht auf Asyl	130

3.	Spezielle Regelungen zu Flüchtlingen auf See.....	132
II.	Das Verbot der Zurückweisung von Flüchtlingen aus Art. 33	
	Abs. 1 GFK – eine Verpflichtung zur Aufnahme?.....	132
1.	Allgemeines zur Anwendung des Non-Refoulement-	
	Grundsatzes auf Flüchtlinge und Asylsuchende auf See.....	133
a)	Inhalt und Voraussetzungen.....	133
b)	Eigener Rechtsanspruch.....	134
c)	Anwendung des Art. 33 GFK auf Asylsuchende.....	135
d)	Zwischenergebnis.....	136
2.	Anwendung des vertraglichen Non-Refoulement-Gebots auf	
	Flüchtlinge im Küstenmeer.....	137
a)	Der räumliche Geltungsbereich des Non-Refoulement-	
	Gebots.....	137
b)	Küstenmeer als Staatsgebiet.....	138
c)	Feststellung des Anwendungsbereichs der GFK durch	
	Auslegung.....	142
(1)	Grundsätze der Auslegung völkerrechtlicher Verträge.....	142
(2)	Auslegung des Wortlauts unter systematischen	
	Gesichtspunkten.....	144
(3)	Teleologische Auslegung unter Berücksichtigung von	
	Auslegungshilfen.....	147
(a)	Ziel und Zweck.....	147
(b)	Beschlüsse des UNHCR-Exekutivkomitees.....	148
(4)	Entstehungsgeschichte.....	149
d)	Treu und Glauben.....	150
e)	Keine Einschränkung der räumlichen Geltung durch	
	Vorbehalt.....	151
f)	Ergebnis.....	152
3.	Bindung an das Non-Refoulement-Prinzip bei Zurückweisung	
	an der seewärtigen Grenze.....	152
a)	Wortlaut.....	152
b)	Sinn und Zweck.....	153
c)	Entstehungsgeschichte.....	155
d)	Völkerrechtliche Praxis und Entwicklung.....	158
e)	Ergebnis.....	160
4.	Bindung an das Non-Refoulement-Gebot bei Zurückweisung	
	auf Hoher See.....	160
a)	Wortlaut.....	161
b)	Entstehungsgeschichte.....	163
c)	Systematische Auslegung.....	164
d)	Sinn und Zweck.....	165
(1)	Ausübung von Hoheitsgewalt.....	166
(2)	Grundsätze der Staatenverantwortlichkeit.....	175
(3)	Effet utile.....	176
(4)	Staatenpraxis.....	177
(5)	Zwischenergebnis.....	178

e) Ergebnis.....	179
5. Bindung an das Non-Refoulement-Gebot bei nicht-staatlicher Zurückweisung.....	179
6. Folgen der Verpflichtung zum Non-Refoulement.....	181
a) Frühere Lösungsansätze: Die Programme DISERO und RASRO – spezielle Ausprägungen des Non-Refoulement- Gebots?.....	181
b) Ausschiffung im „next port of call“?.....	184
c) Non-Refoulement von Flüchtlingen und Asylsuchenden auf See.....	187
(1) Gefahr einer Kettenzurückweisung oder -abschiebung in den Verfolgerstaat.....	189
(2) Gefahr einer Refugee-in-Orbit-Situation.....	192
(3) Besondere Gefährlichkeit der Zurückweisung auf See.....	194
(4) Beschlüsse des UNHCR-Exekutivkomitees zur Zurückweisung auf See.....	196
(5) Zwischenergebnis.....	196
d) Ergebnis.....	197
7. Verlust des Schutzrechts aus Art. 33 GFK wegen pflichtwidrig verursachter Seenot?.....	197
8. Pflicht zur Aufnahme von Flüchtlingen auf dem Landterritorium.....	197
III. Das gewohnheitsrechtliche Non-Refoulement-Gebot.....	199
1. Existenz, Reichweite und Inhalt.....	199
2. Schutz gegenüber gefährlicher Zurückweisung auf See.....	202
3. Zwischenergebnis.....	204
IV. Zwischenergebnis.....	204
V. Grenzen des Schutzes für Flüchtlinge auf See: Art. 33 Abs. 2 und Art. 32 Abs. 1 GFK.....	204
1. Art. 33 Abs. 2 GFK – Massenzustrom als Gefahr?.....	205
2. Art. 32 Abs. 1 GFK.....	207
3. Ergebnis.....	207
VI. Exkurs: Bestrafung von Flüchtlingen auf dem Seeweg wegen unerlaubter Einreise.....	208
1. Anwendbarkeit von Art. 31 Abs. 1 GFK.....	208
2. Ergebnis.....	210
VII. Zusammenfassung.....	210
E. Allgemeine Menschenrechte.....	210
I. Europäische Menschenrechtskonvention.....	211
1. Anwendbarkeit.....	211
2. Artikel 3 EMRK.....	213
a) Zurückweisung auf dem Seeweg unter Berücksichtigung von Art. 3 EMRK.....	214
b) Kettenabschiebungen und -zurückweisungen.....	216
c) „Refugee-in-Orbit“-Situation.....	217

3. Art. 2 EMRK.....	218
4. Ergebnis.....	219
II. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR).....	219
1. Anwendbarkeit.....	220
2. Artikel 6 und Artikel 7 IpbpR.....	221
3. Ergebnis.....	221
III. Internationales Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984.....	221
IV. Konvention über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989.....	224
1. Zentrale Regelungen mit Bedeutung für Migranten und Flüchtlinge auf dem Seeweg.....	225
2. Ergebnis.....	226
V. Ergebnis.....	226
F. Die Sonderproblematik „Blinde Passagiere“.....	227
I. Stowaways Convention.....	227
II. IMO-Richtlinien.....	228
III. Regelungen im Übereinkommen zur Erleichterung des Seeverkehrs.....	229
IV. UNHCR-Initiativen.....	230
V. Aktuelle Entwicklungen und Ausblick.....	231
VI. Ergebnis.....	232
G. Europäische Regelungen mit Auswirkung auf Migranten auf See.....	233
I. Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik.....	233
II. Spezielle Maßnahmen im Hinblick auf die Migration auf dem Seeweg.....	237
III. Maßnahmen und Kontrollen auf See.....	239
IV. Weitergehende Ansätze.....	242
V. Ergebnis.....	245
Teil 5: Rechte und Pflichten der Flaggenstaaten.....	247
A. Rechte des Flaggenstaates.....	247
I. Flaggenstaatliche Hoheitsgewalt.....	247
II. Rechtsschutz des Flaggenstaates gegenüber dem Küstenstaat.....	248
III. Ergebnis.....	249
B. Pflichten der Flaggenstaaten.....	249
I. Pflicht zur Hilfeleistung.....	249
II. Pflichten gegenüber Asylsuchenden oder Migranten.....	250
1. Handelsschiffe.....	250
a) Verpflichtung zur Aufnahme aufgrund der Flaggenhoheit.....	250

b) Vertrags- oder gewohnheitsrechtliche Pflichten zur Aufnahme von Flüchtlingen	252
c) Beachtung der Menschenrechte	253
2. Kriegs- und Staatsschiffe	254
3. Zwischenergebnis.....	255
III. Kostentragung für Rettungseinsätze oder Rückführung von Migranten.....	256
1. Mögliche Rechtsgrundlagen.....	256
2. Zwischenergebnis.....	258
IV. Ergebnis	258
 Teil 6: Rechte und Pflichten von Drittstaaten	 259
A. Pflichten des Herkunftsstaates der Migranten oder Asylsuchenden	259
I. Wiederaufnahmepflicht	259
II. Ausreiseverbot	260
B. Pflichten des Transitstaates, in dem Migranten oder Asylsuchende an Bord eines Schiffes gehen	262
C. Ergebnis.....	263
 Teil 7: Zusammenfassung und Ausblick	 265
A. Zusammenfassung	265
I. Grundlegende Feststellungen.....	265
II. Rechte des Küstenstaates gegenüber Schiffen, die Asylsuchende oder Migranten transportieren	265
III. Pflichten des Küstenstaates.....	267
IV. Regelungen auf europäischer Ebene	269
V. Rechte und Pflichten des Flaggenstaates	270
VI. Rechte und Pflichten von Drittstaaten	270
B. Ausblick.....	270
 Summary	 275
 Literaturverzeichnis.....	 287
Stichwortverzeichnis	313